



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
am 21. März 2017
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Aglaja Beyes (L&P)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:35 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen Drucksachenlisten 13/17, 14/17.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0013 Tagesordnung

1. Der Tagesordnung wird der Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu Punkt 5 der Tagesordnung zugesetzt.
2. Ansonsten bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

0014 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 07.02.2017 wird genehmigt.

Einstimmig

0015 17-F-05-0008

Bußgelder online bezahlen
- Antrag der FDP vom 15.03.2017 -

Stv. Winkelmann begründet den Antrag.

Stv. Kisseler schließt sich dem Antrag an, möchte aber wissen, was das Ganze kostet.

Stv. Winkelmann teilt mit, dass der Antrag um einen Zusatz zur Kosten-/Nutzenanalyse erweitert werden kann.

Der Antrag wird in folgender Form zur Abstimmung gestellt:

Der Magistrat wird gebeten,

1) eine Regelung zu erarbeiten, welche die Online-Bezahlung bzw. Online-Anhörungen im Falle von Ordnungswidrigkeiten unter Berücksichtigung der oben genannten Services und Vorbilder ermöglicht und dazu eine Kosten-/Nutzenanalyse zu erstellen.

2) zu prüfen, ob eine Verbindung der genannten Dienstleistungen mit dem bereits etablierten System des Handy-Parkens möglich und sinnvoll ist.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 21. März 2017

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

3) eine Regelung zur endgültigen Beschlussfassung dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik vorzulegen.

Einstimmig

0016 16-A-56-0002

Berichterstattung Stabsstelle Bürgerbeteiligung

Frau Kotzke berichtet, dass für den Arbeitskreis Bürgerbeteiligung 3 Bürgervertreter/innen gewonnen werden konnten, die auch bisher involviert waren (Herr Fritz, Frau Netzebrand, Herr Dr. Pott).

Als Vertreter der Jugendlichen in Wiesbaden wird Silas Gottwald eingebunden. Eine Änderung in der Anzahl der Bürgervertreter/innen ist dadurch nicht angedacht.

Der Bereich der Verwaltung wird wahrscheinlich durch Vertreter des Amtes für Soziale Arbeit (51), des Stadtplanungsamtes (61) und des Tiefbau- und Vermessungsamtes (66) abgedeckt, weil aus diesen Bereichen die meisten Projekte stammen.

Für die Vorhabenliste wurden 2 weitere Vorhaben gemeldet:
Wiesbadener Straße (61) und
Neubau Schwimmbad und Kunsteisbahn (mattiaqua)

Zur Bürgerbeteiligung Wiesbadener Straße soll 1 Veranstaltung im April stattfinden. Am 21.04. ist ein Stadtspaziergang geplant, am 12. und 13.05. stehen Planungslabore auf dem Programm.

Zum Neubau Ersatzbau Freizeitbad und Eisbahn sind Studien der SEG zu Standortfragen angelaufen. Im Mai ist mit ersten Ergebnissen zu rechnen.

Voraussichtlich wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses die 1. Vorhabenliste vorgestellt werden können.

Der Online-Server ist technisch zur Probe bereit und soll evtl. ab 01.05.17 in den Probetrieb mit Ämtern gehen. Das Layout muss noch erneuert werden.
Er wird "Dein Wiesbaden" heißen.

Wie sich Bürger online registrieren können, konnte bisher noch nicht geklärt werden.

Es wird eingehend diskutiert, wo ein Ansprechpartner bei der Landeshauptstadt Wiesbaden für die Flüchtlingshelfer etabliert werden kann.

Es wird darauf hingewiesen, dass im aktuell beschlossenen Integrationskonzept eine Koordinationsstelle festgeschrieben ist. Wo diese angesiedelt ist, ist allerdings im Moment nicht klar.

Es wäre wünschenswert, dass diese Stelle in der Stabsstelle Bürgerbeteiligung etabliert wird, weil es sich nicht um Beratungen im Bereich der Sozialpolitik handelt, sondern die ehrenamtlichen

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 21. März 2017

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Flüchtlingshelfer mit ihren vielfältigen Fragen zu den städtischen Ansprechpartnern unterstützt werden sollen.

Frau Kotzke wird die Frage mitnehmen und in einer der nächsten Ausschusssitzungen dazu berichten.

0017 16-A-56-0003

Bürgerbeteiligung
HIER: Wahl von Stadtverordneten in den Arbeitskreis "Bürgerbeteiligung"

In den Arbeitskreis „Bürgerbeteiligung“ werden gewählt:

Stv. Michaela Apel
Stv. André Weck
Stv. Alexander Winkelmann

Enth. AfD

0018 17-F-03-0012

Bürgerbeteiligungsverfahren zur Nutzung des Grundstückes Wilhelmstraße 1
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 21.03.2017 -

Enth. AfD

0019 17-V-01-0007

Bürgerbeteiligungsverfahren zur Nutzung des Grundstückes Wilhelmstraße 1

Enth. AfD

0020 17-V-10-0001

Neubau eines gemeinsamen Bürgerhauses Kastel/Kostheim - Sachstand

Der Beschluss der Ortsbeiräte Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim wurde in den Beschluss des Magistrats übernommen.

Die Protokollnotiz aus der Ortsbeiratssitzung ist nicht beschlussrelevant, ist aber Anlass dafür, dass Herr Oberbürgermeister Gerich eine Prüfung des Wunsch zugesagt hat.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Protokollerklärung LINKE&PIRATEN:

Die LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden enthält sich zu diesem Top, da die Stadtteilbibliothek nicht in den Magistratsbeschluss aufgenommen wurde und deshalb auch nicht mit abgestimmt werden konnte.

Enth. L&P

0021 17-V-10-0006

Attraktivierungsmaßnahmen in Bürgerhäusern

Zu der Sitzungsvorlage werden 3 Unterpunkte einstimmig beschlossen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. *Zur Steigerung der Attraktivität der Bürgerhäuser werden diverse Modernisierungsmaßnahmen in den Bürgerhäusern durchgeführt.*
 - 1.1. *Die Bereitstellung von WLAN-Hotspots soll als Attraktivierungsmaßnahme eingeschlossen werden.*
 - 1.2. *Der Magistrat wird gebeten, die Kosten für die Bereitstellung von WLAN-Hotspots in einer gesonderten Sitzungsvorlage darzustellen.*
 - 1.3. *Der Magistrat wird des Weiteren gebeten, die Kostendarstellung für den Einbau eines Raucherbereiches im Tattersall der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen und die Maßnahme erst nach konkreter Auftragserteilung durch die Stadtverordnetenversammlung umzusetzen.*
2. *Die Kosten in Höhe von 180.000 Euro werden dem Instandhaltungsbudget des Hauptamtes zugesetzt. Die Deckung erfolgt in Absprache mit Dezernat VI/20 aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.*
3. *Für diverse Empfänge wird die stark abgenutzte Bestuhlung für das Rathausfoyer ausgetauscht. Die Kosten in Höhe von 5.000 Euro werden dem Budget des Hauptamtes zugesetzt. Die Deckung erfolgt in Absprache mit Dezernat VI/20 aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.*
4. *Der Magistrat (Dezernat VI/20) wird mit der haushaltstechnischen Umsetzung beauftragt.*

(antragsgemäß Magistrat 21.03.2017 BP 0191; Ziffern 1.1. bis 1.3. ergänzt durch den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik)

Die ergänzte Sitzungsvorlage wird wie folgt abgestimmt:

Enth. L&P

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 21. März 2017

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0022 Verschiedenes

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

Anlagen

Wiesbaden, .04.2017

Vorsitzende

Schriftführerin

Beyes

Koba